

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgewicht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 35.

Mittwoch den 12. Februar 1919.

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Wahlergebnis der Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen im 1. Wahlkreise.

Auf die Wahlvorschläge

1. Fräßdorf	find	380 738
2. Kraft	find	159 136
3. Menke	find	57 930
4. Blüher	find	84 615
5. Hille	find	16 602
6. Wagner	find	119 468

Auf die verbundenen Wahlvorschläge Blüher, Hille, Wagner sind zusammen 220 685

gültige Stimmen entfallen.

Darauf sind gewählt vom

Wahlvorschläge Fräßdorf:

1. Vorsitzender der Ortskrankenkasse Karl Julius Fräßdorf, Dresden.
2. Geschäftsführer Karl Endermann, Dresden.
3. Geschäftsführer Oskar Scherffig, Meißen.
4. Landesparteisekretär Otto Uhlig, Leubnitz-Neuostra.
5. Gewerkschaftsbeamter Albert Schwarz, Rügeln.
6. Redakteur Emil Rigsche, Dresden.
7. Gewerkschaftsbeamter Gustav Hermann Linke, Wilsdruff.
8. Bezirksleiter Robert Wirth, Dresden.
9. Schuhmachermeister Friedrich Oskar Günther, Wilsdruff.
10. Bezirksparteisekretär Otto Kühn, Dresden.
11. Gewerkschaftsangehelliger Gustav Zwahr, Neugersdorf.
12. Gewerkschaftsbeamter Gustav Neuring, Dresden.
13. Lehrer Arthur Arzt, Dresden.
14. Gewerkschaftsangehelliger Bruno Kirchhof, Dresden.
15. Geschäftsführer Otto Schombor, Zittau.
16. Geschäftsführer Julius Eggert, Dresden.
17. Lagerhalter Ernst Braune, Rabenberg.

Wahlvorschläge Kraft:

1. Prof. Dr. med. Heinrich Kraft, Dresden.
2. Stadtrat Emil Schwager, Zittau.
3. Seminaroberlehrer Prof. Otto Koch, Dresden.
4. Priv. Kaufmann Karl August Richard Hartmann, Baugen.
5. Ehefrau Julie Salinger, Dresden.
6. Pastor Eduard Hermann Kruspe, Meißen.
7. Ministerialsekretär Georg Schulze, Hellerau-Dresden.

Wahlvorschläge Menke:

1. Arbeiterssekretär Bernhard Menke, Dresden.
2. Redakteur Hermann Fleischer, Briesnitz.

Wahlvorschläge Blüher:

1. Oberbürgermeister Bernhard Blüher, Dresden.
2. Staatsminister a. D. Dr. Walter Koch, Dresden.
3. Rechtsanwalt Dr. Fritz Kaiser, Dresden.
4. Fabrikbesitzer Konrad Riethammer, Kriebstein i. Sa.

Wahlvorschläge Wagner:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Eduard Wagner, Dresden.
2. Fabrikdirektor Johannes Hofmann, Meißen.

3. Stadtrat Edwin Schmidt, Freiberg.
4. Fabrikdirektor Max Lehlig, Niederlößnitz.
5. Kaufmann Max Otto Jäger, Dresden.

Der Wahlkommissar für den 1. Wahlkreis.

Dr. Herzig.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Volksgesundheit wird hiermit

1. angeordnet, daß alle Haushaltungsvorstände, in deren Haushaltungen Gegenstände infolge der Feldbeinquartierung mit Ungeziefer befallen sind, dies innerhalb von drei Tagen in der Polizeiwache zu melden haben, damit beschleunigte Entseuchung vorgehen werden kann,
2. empfohlen, daß sich alle Personen, die innerhalb der letzten 5-6 Jahre nicht gegen Pocken geimpft worden sind, schleunigst erneuter Pockenschutzimpfung durch ihren Arzt unterziehen. Wenn auch hier noch keine Pockenkrankung vorgekommen ist, so ist doch angesichts des regen Verkehrs mit Orten, in denen das der Fall ist, die Einschleppung dieser gefährlichen Krankheit nicht ausgeschlossen.

Wilsdruff, am 11. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 15. Februar 1919.

Auf Grund der Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 21. Januar dieses Jahres findet am 15. Februar 1919 eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln statt.

Zur Erstattung der Anzeige sind die vorgeschriebenen Vordrucke zu benutzen. Diese werden den einzelnen Haushaltungen am 13. und 14. dieses Monats zugestellt. Versorgungsberechtigte haben Vordruck I, Kartoffelerzeuger, deren Anbaufläche 1918 größer als 200 qm war, haben Vordruck II auszufüllen.

Die Wiedereinsammlung der Vordrucke erfolgt vom 15. Februar mittags ab. Auf die Bestimmungen in § 9 und die Strafbestimmungen in § 11 obiger Verordnung wird noch besonders hingewiesen.

Wilsdruff, am 10. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Freibank Wilsdruff.

Mittwoch den 12. Februar 1919 von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags Rindfleisch im roten Zustande Preis 1,20 Mk. das Pfund. Es werden die gelben Lebensmittelkarten Nr. 1881-2280 beliefert.

Einzelgeld sowie Gefäße oder Papier sind mitzubringen.

Wilsdruff, am 11. Februar 1919.

Der Stadtrat.

Donnerstag den 13. Februar von 8-11 und 1-5 Uhr in der neuen Schule Verkauf von

Gelben Möhren	1 Pfund	8 Pfennige
Roten Möhren	1 Pfund	14 Pfennige
Rohrübren	1 Pfund	6 Pfennige
Sirunkohltrabi	1 Pfund	8 Pfennige
Sellerie	2 Pfund	95 Pfennige

Wilsdruff, am 11. Februar 1919.

Der Stadtrat - Kriegswirtschaftsabteilung.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Nicht zu Sieben?

Langsam beginnt sich in Weimar das Blättchen zu heben. Langsam aber sicher. Wenigstens scheint es so. Man hatte sich die Anfänge der Legitimierung des neuen deutschen Volksstaates einfacher gedacht als sie sich jetzt herausstellen. Selbst nachdem die Hoffnung der Sozialdemokratie, in der Nationalversammlung gleich beim ersten Anlauf die Mehrheit zu erobern, getrogen hatte, glaubte man wenig an sonderliche Schwierigkeiten der Konstituierung des Reiches; man nahm, selbstverständlich, die nächstliegende deutsche demokratische Partei in die Regierung mit auf, und die Sache war erledigt. Drei bis vier Jahre mochten ihr überlassen werden, im Übrigen aber würden alle Hände mit Angehörigen der stärksten Partei besetzt, und dann konnte endlich mit praktischer, mit auch so unangenehmer Arbeit begonnen werden. Die Rechnung war einfach: sie hatte nur den Fehler, daß sie nicht stimmte.

Denn die Demokraten haben die Sache nicht bloß von der einen Seite an, die sie hat, von der Seite der Beteiligung an der Macht, sondern, sehr begreiflicherweise, auch von der andern: der Verantwortlichkeit. Und wie die Sozialdemokratie, auch abzusehen von den Mehrheits-

verhältnissen, ganz gern darauf verzichtete, für sich allein die volle Verantwortung zu tragen für die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals, vor dem Volk und vor der Geschichte, so hielten auch die Demokraten nach Gerichten Umschau, mit denen sie ihrerseits Schuld oder Verdienst - je nachdem - zu teilen vermöchten; wie die Dinge liegen, kann man es wirklich niemandem verargen, wenn er in dieser Beziehung Vorsicht walten läßt. Wir brauchen nur an den Frieden zu denken, der uns bevorsteht, um zu begreifen, daß keine Partei mehr Verantwortung auf ihre Schultern laden will als durch die gegebenen Umstände unbedingt geboten ist.

Also wurden Verhandlungen mit dem Zentrum eingeleitet, und das Zentrum sagte nicht Nein. Fünf Millionen Wähler haben auch diesmal wieder dieser ausgesprochenen Mittel- und Vermittlerpartei ihr Vertrauen bezeugt. Das verpflichtet, besonders in einer so schweren Zeit. Damit standen aber der Sozialdemokratie bereits zwei gegnerische Parteien als Machteinhaber gegenüber. Also wurden sieben gegen sieben Plätze im neuen Reichskabinett angeboten: sieben für die eigentliche Regierungspartei, und sieben für die beiden anderen Parteien zusammen. Parität, wie man das neuerdings zu nennen pflegt. Doch da

machte das Zentrum Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten sind, sagten diese erfahrenen parlamentarischen Strategen, in der Nationalversammlung in der Minderheit; wie können sie dazu, für sich den gleichen Anteil an der Amtverteilung zu beanspruchen, wie sie in ihren Gegnern zugehen will? Das wäre um so gerechtfertigter, als sie gerade die wichtigsten Posten ausschließlich mit ihren Leuten besetzen will: den Reichspräsidenten mit Herrn Ebert, den Ministerpräsidenten mit Herrn Scheidemann und den Präsidenten der Nationalversammlung mit Herrn Dr. David. Und je länger man über diese Fragen sprach und nachdachte, desto bedenkllicher wurden die Gesichtspunkte. Überhaupt: drei Präsidenten von der roten Farbe - da können doch in einem von Grund auf demokratisch eingerichteten Staates weihen andere Parteien eigentlich gar nicht mehr mitmachen. Schon hier muß die Machtverteilung beginnen, wenn nicht falsche Vorstellungen entstehen sollen. Also verlangt das Zentrum, als zweitstärkste Partei, da die Herren Ebert und Dr. David bereits so gut wie festgelegt sind, das Amt des Ministerpräsidenten oder, wie man wohl bald wieder unbeanstandet wird sagen dürfen, des Reichskanzlers für sich. Einmal: dann aber möchte es das Stärke-